

# Berliner Tageblatt

Nr. 346

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Gewaltiger Marksturzen an den Auslandsbörsen.

### 1 Dollar bis zu 600000 Mark.

Die Entwicklung der Mark auf den internationalen Devisenmärkten nimmt immer katastrophalere Formen an. Nachdem der Kurs in New-York gestern bis auf 0,0002125 Cent sinken war, die Dollarparität sich also bereits auf 470 580 Mark stellte, wurden heute aus dem Auslande noch wesentlich niedrigere Markkurse gemeldet, auf Grund deren der Dollarkurs einen Stand von weit über 500 000 erreicht hat und dicht bis an 600 000 herangerückt ist. In Berlin fanden heute infolge der neuesten Bestimmungen keine Devisennotierungen statt, es versteht sich aber von selbst, daß das ganze Geschäftslieben sich auf die paritätisch errechneten Kurse einstellt. Auch die Börse richtete sich natürlich demnach und zeigte, nachdem angeht der neuen Situation zunächst einige Zurückhaltung und Vorkriegsplatzgegriffen hatte, ein sehr festes Aussehen. Auf allen Gebieten bewegten sich schon die ersten Kurse sehr erheblich über den Montagnotierungen, und dem Dollarkurs entsprachen am Effektenmarkt neue, bisher noch nicht erlebte Höchstkurse für Wertpapiere.

## Großer Banknotenmangel der Reichsbank.

### Nur kleine und kleinste Geldscheine.

In der Mittagsstunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, stehen die Straßen und Gassen rings um die Auszahlungstellen der Reichsbank angefüllt mit Wagen, Handkarren, Karren, die Zimmer, Gänge, Treppen und jeder Winkel des Hauses sind betagert von Tausenden Boten, viele sind seit Morgengrauen hier und liegen noch schlafend auf ihren Decken, ihren Pappkartons, ihren Schließföhrern. Es ist eine Katastrophe sondergleichen, daß die Reichsbank gegen das Monatsende nicht imstande ist, anders als in kleinen und kleinsten Geldscheinen die Auszahlungen zu leisten. Berge von verpackten Scheinen türmen sich vor den Abholern auf, kaum einer ist imstande, die tägliche Last dieses Kleingeldes fortzuschaffen. Die Räume der Reichsbank gleichen einer Markthalle, überall erregte Menschen, Haufen von Papier auf dem Boden, ganze Gebirge von Körben und Schachteln. Man kann es ruhig aussprechen, daß die Reichsbank, die diese Dinge kommen sehen mußte, vollkommen verlagert hat, und daß gütlichweise die Gebuld und die Selbstbeherrschung der Wartenden bewundernswürdig ist. Es verlautet, daß das Direktorium beabsichtigt, schon in den Nachmittagsstunden die Gebirge zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel in den Verkehr zu werfen. Es ist also zu hoffen, daß einem Zustand

ein Ende gemacht wird, der für die Organisatoren der Auszahlungen unter vielen Blamagen die seither stärkste und beschämendste ist.

\*

Die Hauptursache der ungeheuren Schwierigkeiten bei der Auszahlung ist in der verzögerten Fertigstellung der großen Banknoten über 500 000 Mark und über eine Million zu suchen. Zur Entschuldig der in Frage kommenden Stellen läßt sich lediglich sagen, daß sie, wie wohl die meisten leitenden Persönlichkeiten der Reichsbank an eine so rasend fortschreitende Entwertung der Papiermark nicht geglaubt haben. Aber das Projekt der 500 000-Mark-Note ist andererseits wiederum schon so alt, daß einem die Verzögerung nicht ganz verständlich erscheint. Wie wir von der Direktion der Reichsbank erfahren, ist jetzt endlich, in etwa drei bis vier Tagen mit der Herausgabe dieser Note zu rechnen, der absehbarer Zeit auch der Schein über eine Million Mark folgen wird. Damit wird den Kassen der Reichsbank die Arbeit wesentlich erleichtert, und sie hoffen, binnen kürzester Frist allen gestellten Anforderungen wieder gerecht werden zu können.

## Die sprunghaften Preissteigerungen in Berlin.

### Die Knappheit in Kartoffeln und Gemüse.

Die Lebensmittelpreise in den letzten Tagen haben sich derart sprunghaft erhöht, daß in weiten Volksteilen eine große Verunruhigung Platz zu greifen beginnt und ernstlich mit Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, vor allem der Großstädte, gerechnet werden muß. Wie wir auf Anfrage beim Dezernenten des Ernährungsamtes der Stadt Berlin erfahren, handelt es sich gegenwärtig um einen Zeitpunkt, in dem alljährlich gewöhnlich eine Pause in der Lebensmittelversorgung eintritt, da, wie zum Beispiel an Kartoffeln ersehen werden kann, die letzten Vorräte angebraucht, die neuen dagegen vor allen Dingen infolge der diesjährigen spärlichen Witterungsverhältnisse noch gar nicht oder nur sehr spärlich auf den Märkten erschienen sind. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß wir in den früheren Jahren in großen Mengen Gemüse aus dem Ausland bezogen, wie holländisches Blumenkohl, italienisches Gemüse und Mastkartofofen, die wir jetzt infolge der Wäluverhältnisse nicht mehr einführen können. Es ist aber in den nächsten vierzehn Tagen mit einem stärkeren Angebot an einheimischem Gemüse zu rechnen und es ist zu hoffen, daß auch die nächsten vierzehn Tage, die allerdings als kritisch zu bezeichnen sind, glücklich überstanden werden.

## Frankreichs vergebliches Hoffen.

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paul Bloch.

Paris, Mitte Juli.

In der Einleitung eines neuen Buches von Jean de Pierrefeu steht der grausame Satz: „Es ist wahr, daß Frankreich immer tiefer in Heuchelei, Geschmacklosigkeit und Furcht vor der Wahrheit verfinstert... Das ist das Los alternder Völker, die mittelmaßigen Köpfen ausgeliefert wurden; Köpfen, die nicht mehr imstande sind, zwischen wahrer Größe und falschem Genie zu unterscheiden.“ (Jean de Pierrefeu, „Plutarque a menti“, Paris, B. Grasset.) Ich werde mich hüten, aus diesen Worten eine Anwendung zu ziehen, welche bestimmte politische Persönlichkeiten treffen könnte und sage lediglich hinzu, daß Herr de Pierrefeu, der während des Krieges im großen Hauptquartier die täglichen Bulletins bearbeitet hat, hauptsächlich daran denkt, die Wahrheit militärisch er Siegeslegenden unter die Lupe zu nehmen. Aber wenn ein Franzose, der kein Kommunist und noch weniger ein Freund Deutschlands ist, zu so vernichtendem Urteil kommt, dann müssen doch wohl Beobachtungen vorliegen, welche diese Bitterkeit erklären.

Diese Beobachtungen sind leicht nachzuprüfen. Sie können niemandem entgehen, der das Frankreich seiner Erinnerungen mit dem Frankreich von heute vergleicht. Wer seit einigen Wochen die Reden französischer Staatsmänner hört und die Leitartikel französischer Zeitungen liest, kann in jeder Woche ein Duzend Beweise dafür beibringen, daß es den Offizieren Frankreichs — und leider nicht nur den Offizieren! — immer schwerer wird, zwischen wahrer Größe und falschem Genie zu unterscheiden. Auch die Heuchelei, der Ungeschmack und die Furcht vor der Wahrheit sind als Symptome einer kranken Zeit nachzuweisen, und es ist kein Widerspruch, wenn gesagt wird, daß über solche traurigen Entdeckungen noch mehr als viele Franzosen jene Deutschen betrübt sind, welche im Gedächtnis an vergangene Zeiten noch immer an die bessere Klarheit und die ritterliche Gesinnung des französischen Volkes glauben.

Die Stunde ist noch nicht gekommen, in der untersucht werden kann, ob dieser Glaube, wie es heute oftmals erscheint, ein Irrtum ist. Wohl aber mag es von Nutzen sein, als Vorbereitung auf die Entwicklung zum Besseren, die nicht ausbleiben kann, zuweisen an einem besonders trassen Beispiel die verkehrte Logik zu zeigen, mit der heute der vielgerühmte französische bon sens systematisch abgelenkt wird.

Ein solches Beispiel, gleich gefährlich für Leute mit starkem Willen, wie für Leute mit schwachem Denken, ist die bis zum Ueberdruß wiederholte Forderung der Kapitulation als Voraussetzung für jede Verhandlung. Es klingt sehr angenehm in französische Ohren, wenn die politischen Führer der Ruhepolitik von dem „zweiten Sieg“ über Deutschland reden, der den ersten, angeblich nur idealen Erfolg beseitigen und ergänzen soll. Die Macht ist eine gewaltige Kodung, besonders für ein Volk, wie das französische, das sich aus furchtbarem Bedrohung auf einmal wieder zur Größe geschichtlicher Taten erhoben sieht. Es wirkt für die patriotischen Franzosen auch sehr überzeugend, wenn an die heilige Einigkeit appelliert wird, um die Faßne Frankreichs vor der Schmach eines Rückzugs zu schützen, oder wenn unter dem üblichen Hinweis auf die deutsche Unlaubbildigkeit und den „verbrecherischen“ Widerstand die Behauptung ertönt: erst dann werde Frankreichs Recht geschützt sein, wenn Deutschland auf Gnade oder Ungnade sich dem Sieger anbeugt.

Genau betrachtet aber sind diese Forderungen, auch wenn ihr moralische Wertung zunächst einmal vermieden werden soll, durch die sechs Monate der Ruhrbesetzung wertlos und unerfüllbar geworden. Selbst wenn Deutschland, von der ganzen Welt verlassen, kraftlos zusammenbricht, selbst wenn eine deutsche Regierung kapitulieren und ein wütender Bürgerkrieg das Reich zerfleischt: selbst in diesem furchtbaren Behängnis wäre der Triumph der französischen Lebermacht kein Sieg und kein Gewinn. Wer etwas anderes behauptet, der ist der Heuchelei und der Furcht vor der Wahrheit verfallen, in die Jean de Pierrefeu sein Land verfallen sieht; er kann wahre Größe von falschem Genie nicht mehr unterscheiden.

Ein zweiter Sieg? Seit mehr als einem halben Jahr kämpft der Wille eines gemarterten, waffenlosen Volkes gegen ein modern ausgerüstetes Heer. Ueber 70 000 Menschen sind von Haus und Herd vertrieben, viele Tausende werden verhaftet und verurteilt, einige Duzend getötet. Die Gesamtzahl der Jahre, in denen Deutsche von fremden Gemalthabern ins Gefängnis geschickt worden sind, beträgt ein Jahrtausend. Das reichste Land Deutschlands ist verarmt. Der Friede deutscher Familien, die Ordnung deutscher Gemeinwesen ist für lange Zeit hoffnungslos zerstört. Abgesperrt von der Verbindung mit dem Mutterlande, täglich von unberechenbaren Schrecknissen bedroht, wartet in stummer Erbitte- rung, auf alles gefaßt und zu allem entschlossen, ein Volk auf die Zukunft. Und widersteht. Und beugt sich weder vor Waffenmacht, noch vor Menschen- lockung. Länger als ein halbes Jahr! Mühte nicht jeder Franzose erkennen, daß dieser stille, heiße Widerstand schon ein Sieg ist, den selbst eine gewaltiam ertrökte „Kapitulation“ durch Worte und Pergamente nicht mehr ungeschehen machen kann?

Und was heißt denn das Wort Kapitulation? Eine Forderung kann kapitulieren, ein Heer kann sich ergeben, die Einne- rung kapituliert nicht. Der General Deputate hätte sagen können, wenn am ersten Februar der Kaiser Deutschlands und die Industriebereichen des Ruhrgebietes ihm die Inter-

## Die französisch-belgische Auseinandersetzung.

### Belgiens abwartende Haltung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 25. Juli.

Die für einen großen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich überraschend kommenden Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit der belgischen Regierung bilden heute das Hauptthema in den Kommentaren der Pariser Presse. Die offiziellen inspirierten Organe versuchen, die anfänglichen Meinungsverschiedenheiten als harmlos und nebenächlich hinzustellen, und der „Reit Parisien“ versteht sich dabei zu der Erklärung, daß die Frage, ob Belgien und Frankreich die englischen Schriftstücke gemeinsam beantworten würden oder nicht, absolut bedeutungslos sei. Es handle sich hierbei nur um eine rein formale Angelegenheit, da die Verhandlungen der beiden Regierungen nur in Ruancen voneinander abwischen. Daß es in Wirklichkeit nicht so ist, beweist die Beunruhigung, die in einer Anzahl von Blättern, wie „Echo de Paris“ und „Matin“, zum Durchbruch gekommen ist. „Echo de Paris“ gibt unumwunden zu, daß es insbesondere die auf den passiven Widerstand bezüglichen Stellen des englischen Antwortentwurfs sowie die Begleitnote seien, die zu sehr ernsten Schwierigkeiten zwischen Paris und Brüssel Anlaß gaben. Der „Matin“ scheint die Lage für so bedrohlich anzusehen, daß er im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung einem Kompromiß das Wort redet: „Wir glauben zu wissen, daß die belgische Regierung mit der Prüfung des ihr gestern von der französischen Regierung übermittelten Entwurfs einer gemeinsamen Antwort beschäftigt ist. Diese Prüfung ist um so notwendiger, als die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London sehr beträchtlich sind. Sollte es aber nicht eine Möglichkeit geben, einen Ausweg zu finden, damit, daß in dem Begleitbrief zur gemeinsamen Antwort auf die deutschen Vorschläge England und vielleicht auch Italien sich entschließen, der Regierung Cuno gegenüber in der Frage der Ruhr denjenigen Ton anzuschlagen, der ihnen einerseits von der internationalen Notwendigkeit diktiert wird, und zu dem ihnen andererseits das Nichtbestehen an der belgisch-französischen Aktion die Möglichkeit gibt? Was der „Matin“ mit diesen Andeutungen meint, ist nicht schwer zu erraten. Er legt offenbar der englischen Regierung nahe, der deutschen Regierung in offizieller Form die von ihr für die Aufgabe des passiven Widerstandes gebotene Zusage von sich aus zu geben, was aber natürlich zur Voraussetzung hätte, daß Frankreich England gegenüber in dieser Frage die Verpflichtung übernehme, die in der vergangenen Woche noch von der gesamten Pariser Presse abgelehnt wurde. Außerordentlich pessimistisch steht die „Journal industrielle“ die Lage an; sie befürchtet, was gestern bereits der „Temps“ angedeutet hat, daß die belgische Regierung den unternommenen Vermittlungsversuch, den englischen und den französischen Standpunkt einander näher zu bringen, aus Furcht vor

einem Mißerfolg, der Belgien zwingen würde, zwischen den beiden Alliierten zu wählen, aufgegeben habe. Die belgische Regierung beabsichtigt offenbar abzuwarten, bis die direkte Aussprache zwischen London und Paris die schwersten Streitpunkte der beiden entgegengesetzten Thesen abgekliffen habe.

## Baldwin über das englische Angebot.

Für die geschäftsmäßige Regelung der europäischen Fragen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 25. Juli.

Ueber die Verhandlungen zwischen Frankreich und England liegen keine neue Mitteilungen vor. Die Wälder begnügen sich damit, ihre bisherige Politik in allgemein gehaltenen Kritiken zu begründen. So ergeht sich die „Daily Mail“ wiederum in äußerst heftigen Angriffen gegen Deutschland, während Spender in der „Westminster Gazette“ für eine wirtschaftliche, vernünftige Lösung der Reparationsfrage eintritt. Wenn die Alliierten, so schreibt Spender zu Poincarés letzter Rede, vor der industriellen Entfaltung Deutschlands Angst hätten, zu der sie Deutschland durch zu hohe Reparationsforderungen drängen, so sei eine Einigung aus- geschlossen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ nimmt an, man habe in Paris verstanden, daß England eine Beschleunigung der Verhandlungen wünsche. Die französischen Diplomaten erwarten, daß Belgien den französischen Standpunkt in bezug auf den passiven Widerstand teile und daß Italien damit einverstanden sei, daß vor einer Verminderung der deutschen Schulden Englands Reparations- und Schuldforderungen festhalten müßten. Hieraus aber, meint der Korrespondent, könne England nur im Prinzip und nur in Prozenten antworten, so lange die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht festgelegt sei. Nach dem, was Baldwin bisher gesagt habe, würde England fordern: Erstens 22 Prozent der deutschen Reparationsansprüche, zweitens den Ertrag der alliierten Schulden, der zu den 22 Prozent hinzukommen müßte, um die Schulden Englands an Amerika zu begleichen.

Baldwin selbst hat auf einem Diner im Londoner Rathaus folgende Bemerkungen über die gegenwärtige Lage gemacht: Wir haben unseren Alliierten ein Angebot gemacht, das den ersten Schritt zu einer Vereinigung bedeutet, und wir sind in einem solchen Geiste vorgegangen, daß ich wirklich hoffe, daß wir endlich Erfolg damit haben werden. Ich für meinen Teil werde nichts unversucht lassen, um die Vereinbarung zu erzielen. Wenn aber alle unsere Bemühungen erfolglos sein sollten, dann gibt es niemand in diesem Zimmer, der dies mehr bedauern würde als ich.“ Baldwin bemerkte weiter, er sei der Ansicht, daß man schon längt zu einer Vereinbarung gekommen wäre, hätte man die Regelung der europäischen Lage Geschäftsleuten anvertraut.

werfung angezeigt haben würden, wenn die Arbeitermilionen zitternd vor der Heeresmacht Frankreichs zurückgewichen wären. Heute, nach sechs Monaten wirkungslosen Widerstandes, ist der Sieg kein Sieg mehr, auch wenn er durch tausend französische Trompeten der öffentlichen Meinung in die Welt hinaus pfeifen werden könnte. Ein Sieg über die Machtlosigkeit ist kein Ruhm. Die Geschichte Frankreichs, die manchen Völkern kennt, wird den Triumphtor dieses Feldzugs im Frieden verzeichnen.

Die Fahne Frankreichs? Mancher gute Franzose, der den Weltkrieg überstanden hat, fragt sich heute besorgt, ob es eine Ehre für die Fahne Frankreichs sei, über Kohlenhaufen und vor ausgeräumten Baufestungen zu wehen. Sehr merkwürdig misst sich die Gefinnung dieses Volkes verändert haben, wenn es heute wirklich glauben sollte, daß die Fahne Frankreichs beschmutzt wird, wenn sie aufhört, Gewalt und Unrecht zu bedecken. Während des ganzen Krieges hat kein Deutscher, auch kein Alldeutscher, daran gedacht, die Fahne Frankreichs zu beschmutzen. Wenn heute ein Minister Frankreichs von der „Niedetracht“ und dem „Verbrechen“ des deutschen Widerstandes im Ruhrgebiet spricht, verzicht er, daß er mit solchen Worten die Taten seiner eigenen Vorgesetzten verurteilt; denn der passive Widerstand gilt dem Schutz des bedrängten Deutschlands gegen die Lebensmacht. Ob hat Herr Poincaré die Franzosen gerufen, die sich im Kriege gegen die deutsche Invasion auflehnten; die Deutschen, die gleiches im Frieden tun, nennt er erbliche Missetäter. Unter dem Schutz der französischen Fahne werden Männer mit grauem Haar, Familienväter, Kranke ins Gefängnis gesteckt, weil sie ihrem Lande die Treue halten. Die Franzosen, die öffentlich gegen eine solche Schmach protestieren, sind an den Fingern abzuzählen, obwohl es der alten Ehre der französischen Fahne besser entspräche, den Mut und die Opferwilligkeit des Gegners ritterlich anzuerkennen. Die Ehre der Fahne ist es, auf dem Schlachtfeld zu flattern, aber nicht auf einer Nichtstätte oder über einem Gefängnis. Die Fahne Frankreichs im Ruhrgebiet wird nicht mit Vorbeeren geschmückt, sondern mit „eroberten“ Papier-Milliarde, wenn Deutschland kapituliert. Der richtige Wappenspruch für diesen Sieg wäre nicht das Wort von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern die jüdische Devise Vespaßians: non ole!

Aber es reicht nicht einmal, wenigstens nicht nach Geld! Aus den französischen Nachweisen, daß die Ruhr-Aktion ungeheuer viel kostet und ungeheuer wenig einbringt, ließe sich leicht ein Buch zusammenstellen. Frägt man hinzu, was in England, in Deutschland, im neutralen Ausland über dies Thema veröffentlicht worden ist, dann wäre das Buch bald zur Bibliothek ergänzt. Mit Ausnahme der politischen Clique läßt sich kaum Frankreich, wenn Le Trocquer, Minister für Märchentum, einen Wunderquell von Zahlen, Erfolgen und Hoffnungen in die Luft steigen läßt, der, wie es in den Rumftüden indischer Zauberer geschieht, niemals aus den Wolken auf die Erde zurückfällt. Weil Frankreich über die finanziellen Ergebnisse beruhigt werden soll, ist ja das Wort vom „Erfolg auf lange Sicht“ erlunden worden, bei dem sich ein jeder das Seine denken kann. Aber dieser „Erfolg auf lange Sicht“ wird später einmal ebenso berühmt werden, wie das „Après nous le déluge“ der Bombardur, denn die nahende Einkluft ist sicherer als der erhoffte Erfolg. Die Hoffnung auf die Bähmung und Teilung Deutschlands kann niemals weniger Wahrheit werden, als wenn diese deutsche Regierung oder eine andere deutsche Regierung „kapituliert“. Dann bricht das Chaos herein, von rechts oder von links und alle Maschinengewehre und Kuffschiffe des Herrn Maginot können nur dazu beitragen, die blutige Verwirrung größer und das Elend der Welt noch hoffnungsloser zu machen. Das wäre dann ein Erfolg, bei dem die lauteften Helden der Ruhr die Ruhr bekämen — womit aber nicht der Fluß gemeint ist. Jeder große Mann würde sagen: „Das hab' ich nicht gewollt!“ Dann erst wäre der Sieger wirklich und endgültig um seinen Sieg gebracht, durch seine eigene Verblendung.

Keine Ehre, kein Geld, aber sichere Vernichtung aller wirtschaftlichen und politischen Hoffnungen; das wäre der Erfolg, den die so für mich verlangte Kapitulation Deutschlands den Franzosen bringen würde. Alles, was hier gesagt worden ist,

hat ähnlich bereits in französischen Zeitungen gestanden oder ist von französischen Rednern ausgesprochen worden. Weshalb es keine Wirkung gehabt hat? Weil Jean de Pierrefeu recht hat und das französische Volk durch die Schuld seiner Presse in Furcht vor der „Wahrheit“ immer tiefer verlinkt. Hat der kluge Franzose auch Recht, wenn er von Ungeschmack spricht? Schlagt die Zeitungen auf, die am weitesten die Völker gegeneinander heizen, denkt an die Attentate der Royalisten mit Kinnusöl und Zinte oder hört einen Vers aus dem „Aufmarsch“, der von einer Künstlertruppe zu wohlthätigem Zweck „mit Bewilligung der Regierung“ bei den seinen Nachmittagsessen und in den Restaurants der großen Boulevards gesungen wird.

Les p'tits poilus d'la Ruhr  
Qui, du soir au matin  
Regard'nt passer les trains  
Et les Allemands brach's  
Parfois nous chan't le ranz des vach's.  
Mais on s'en moqu' c'est zar.  
Leurs femm's nous ont mieux r'cus  
Les poilus  
Les p'tits poilus d'la Ruhr.  
Si leurs femmes nous font  
D'la choucroute au jambon  
Avant de nous en aller  
On leur laiss'ra . . . du p'tit sale!

Zu deutsch — aber nein, wir wollen es lieber nicht übersehen, was die „petits poilus de la Ruhr“ den deutschen Frauen zum Andenken zurücklassen sollen „mit Bewilligung der Regierung“. Es ist lächerlich, derbe Soldatenlieder allzu traqisch zu nehmen, aber schön ist diese Poesie gewiß nicht, und nach Helldunkel klingt sie auch nicht. Sechs Monate in Feindesland find für die Moral der Soldaten nicht gerade zuträglich, das haben wir am eigenen Leibe erfahren. Die Franzosen wissen es auch schon. Sie wollen es nur nicht wissen.

Die Kapitulation Deutschlands wird ihnen nicht viel helfen, auch wenn sie — zur Schande der Welt — erzwungen werden könnte. Alle ihre Träume von Reparationszahlungen und Sicherheit im politischen Einfluß und geistlicher Größe werden sich erst dann erfüllen, wenn sie sich von dem Fieber der letzten Monate wieder erholt haben und sich alter Grundsätze ihrer politischen Führung erinnern.

Sehn Jahre vor dem Buche Pierrefeu ist das Buch eines anderen Franzosen in deutscher Sprache erschienen; in der Einleitung dieses älteren Buches steht, eine seltsame Parallele zu dem am Anfang zitierten Satz, die folgende Maxime für die französische Republik: „Die demokratische Gesellschaft soll geleitet werden daß ihre Mitglieder einander besser und glücklicher machen; sie sollen sich gegenseitig helfen und versuchen, sich vollkommener zu gestalten.“ Die Regel paßt auch für die demokratische Gesellschaft Europas, und Frankreich könnte sehr glücklich sein, wenn es nicht vom „zweiten Sieg“ und „Kapitulationen“ träumte, sondern nach dem edlen Grundsatz dieses Schriftstellers handelte.

Vielleicht erinnert sich der französische Ministerpräsident dieses Mannes. Er heißt Raymond Poincaré.

\*\*\*

## Ein französischer Versuchsballon.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 25. Juli.  
Der „New-York Herald“ hatte sich gestern aus Washington melden lassen, daß die amerikanische Regierung mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Kongresses zwar nicht in der Lage sei, die Schulden der Alliierten zu annullieren, daß sie aber bereit sei, die definitive Regelung der französischen Schulden auf 15 Jahre zu vertagen und während dieses Zeitraumes auch auf die Zahlung von Zinsen zu verzichten, wenn zwischen den Alliierten und Deutschland ein Kompromiß in der Reparationsfrage zustande komme, das Deutschland gleichfalls für 15 Jahre von Zahlungen entbände, die seine Leistungsfähigkeit übersteigen. Obwohl für diese sehr unwahrscheinlich klingende Meldung keinerlei Bestätigung von anderer Seite vorliegt, scheint sie von einem Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich ernst genommen zu werden. Wenigstens tun einzelne Blätter es, als ob es sich dabei um

einen Versuchsballon der offiziellen Washingtoner Kreise handelte. Die Uebereinstimmung dieser der amerikanischen Regierung zugeschriebenen Ansicht, mit dem vor etwa acht Tagen veröffentlichten Plan des „Matin“, die endgültige Festlegung der deutschen Gesamtverpflichtungen auf zehn bis fünfzehn Jahre zu vertagen und sich bis dahin auf die Entreibung der für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete benötigten 35-40 Milliarden Goldmark zu beschränken, ist so unerleubar, daß sie jeden Kommentar überflüssig macht. Wenn es sich wirklich um einen Versuchsballon handelt, dann könnte dieser nur französischen Ursprungs sein.

## Italienische Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 25. Juli.  
In der Besprechung der englischen Note wiederholen die offiziellen Blätter die Notwendigkeit einer Verknüpfung der Reparationsfrage mit der Kriegsschuldenfrage. „Giornale di Roma“ spricht sogar von einer Aufforderung Englands an die Alliierten, hierüber Vorschläge zu machen, was doch seitens Italiens längst geschehen ist. Die Zustimmung Englands zu dem italienisch-englischen Aktionsseinheit ergeben. „Corriere d'Italia“ meint, ohne die Verknüpfung dieser beiden Fragen sei keine Lösung der Reparationsfrage möglich. Der oppositionelle „Mondo“ bezeichnet ebenfalls die Regelung der Kriegsschuldenfrage als unerläßliche Vorbedingung für die Genesung der Welt. Nur dann habe die Entente einen neuen Anhalt. „Doc Republicana“ erörtert die Zukunft Frankreichs und erklärt, der große Franzose werde jener sein, der den französisch-deutschen Konflikt irgendwie löse und trotz des Prozeßes der Nationalisten das französische Volk seiner historischen Mission zurückgebe, die nicht darin bestehe, der Gendarm Europas zu sein.

## England und der Lausanner Friede.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 25. Juli.  
Der Friedensschluß von Lausanne wird von der heutigen Presse als großer, unerbörter Triumph der türkischen Diplomatie bezeichnet. Die Türkei, die nahezu alles erhalten habe, was sie verlangt, stehe heute mächtiger da als seit einem Jahrhundert. Sie habe zwar Mesopotamien, Syrien und Palästina verloren, hierdurch aber sei nur ihre nationale Geschlossenheit gestärkt worden. Die Kapitulationen und alle sonstigen Beschränkungen der türkischen Souveränität seien verschwunden. Es gebe keinen Vergleich, schreiben die „Times“, zwischen der heutigen Türkei und der Türkei, wie sie nach dem Waffenstillstand bestanden habe. . . . Dieser für die Türkei so günstige Frieden aber habe, so schreiben die Morgenblätter, mit schweren Opfern erkauft werden müssen. In erster Linie wird dabei getadelt, daß die armenischen und griechischen Minderheiten nicht genügend geschützt worden seien. Auch den Schutz der Fremden finde man wenig zureichend. Ganz abnehmend verhält sich das Blatt Lloyd Georges, die „Daily Chronicle“, nach dem alle englischen Siege im Osten umsonst gewesen sind. Lloyd George selbst hat den Vertrag von Lausanne den er niedrigsten Friedensvertrag genannt, den England jemals mit der Türkei abgeschlossen habe. Sehr zurückhaltend äußert sich auch der „Daily Telegraph“. Eine unbedingte Zustimmung dagegen findet der Vertrag in der „Daily Mail“, die sich von ihm die besten Auswüchse auf die mohamedanischen Untertanen Englands verspricht. Auch die „Times“ billigen den Vertrag im Vergleich zu den übrigen Friedensverträgen der neuen Geschichte. Der Vertrag von Lausanne sei, so schreibt das Blatt, ein Muster an Großmut und Gerechtigkeit. Was England betreffe, so habe es keinen Anlaß, sich über den Vertrag zu besorgen. Dem der englische Einfluß in der Türkei sei heute größer als der irgend einer andern Macht, Unbefriedigter aller Kritik gebe aber die Blätter der Türkei den Rat, sich jetzt ihrer neuen Stellung dadurch würdig zu zeigen, daß sie sich den westlichen Regierungsmethoden anpasse und auf kriegerisch-nationalistische und Fremden feindliche Märsen verzichte. Hierdurch erst würden sich die Vorteile des Vertrages zeigen. Nur dann könne — nach der „Westminster Gazette“ — der Vertrag den Beginn einer besseren Zeit auf dem Balkan bedeuten.

## Die Dame.

Von Friedrich Franz v. Conring.

(Nachdruck verboten.)

Der Fall der Prinzessin Hohentlohe ist bis zu einem gewissen Grade typisch. Er zeigt die Verachtung der Dame vor den allgemeinen menschlichen Sittungen und von den bürgerlichen Einrichtungen. Die Dame fühlt ganz intuitiv, erkennt sie diese beiden Mächte an, so ist es mit der Annahme der „Dame“ als solcher vorbei und sie muß sich schon bemühen, neben der Ästhetik, ihrer höchsten Waise, noch so was wie eine geistige Persönlichkeit zu werden. Deren Schein ihr jene Annahme im Verein der in guter Kameradschaft überlieferten Ethik bisher verliehen. Goethes Wort aus dem Faust:

Du bist am Ende — was du bist,  
Sieh die Perrücken auf von Millionen Toden,  
Sieh deinen Fuß auf ellenhohe Socken,  
Du bleibst doch immer, was du bist.

ist bei der Vernehmung der Prinzessin Hohentlohe wieder mal Ereignis geworden, und das ist der Gewinn der Allgemeinheit aus diesem Prozeß.

Von der Prinzessin Hohentlohe bleibt nichts, als ein armes Häschel übrig, das gefürchtet, wie alle anderen.

Es klingt durchaus paradox, aber es ist dennoch wahr, die Zeit freigeistiger Einrichtungen hat die Dame fast noch hochmütiger gemacht, als sie es jemals gewesen, denn gerade die katholische Kirche, der ja auch die Prinzessin angehört, machte im Mittelalter mit ihren Kirchenbussen vor niemandem halt und führte den dadurch Betroffenen und auch den Zuschauern die Gleichheit des allgemeinen menschlichen Schicksals energisch vor Augen.

Die Dame ist Gattin und Mutter, soll Kinder erziehen und durch ihre Anschauungen das Leben oder dieser Kinder beeinflussen. Wie kann sie das, wenn sie diesen Kindern nur ganz verkehrte Ansichten beibringen vermag? In diesem Widerspruch liegt ein gut Teil Frauenfrage begraben, denn gegen niemanden hat die Entwicklung der Frau so hart zu kämpfen gehabt, wie gegen die Dame.

Ich gehe sogar weiter, ich behaupte, daß ein gut Teil unserer unseligen und verkommenen Politik vor dem Kriege auf die verkehrten Anschauungen der Dame zurückzuführen ist. Die Einbrüche der Jugendjahre sind doch zu deutlich.

Die Prinzessin glaubt keinen Meinen zu leisten, wenn sie einen weltlichen Eid leistet, das ist typisch, und die Geschichte mit dem verstorbenen Ehegatten geht unmittelbar auf Bühnenerinnerungen zurück. Auf der „Besenden Leinwand“ von Tolstoi, vielleicht auch auf das „Es lebe das Leben“ von Sudermann, in dem die Heldin, soviel ich mich dessen erinnere, mehrmals versichert: „Ich lebe, weil

ich schon gestorben bin.“ Ich mag nicht genau zittern, aber so ähnlich ist es.

Diese romantische Verworfenheit, dieses Verwechseln von Dichtung und Leben ist gerade die typische geistige Disposition der Dame, und hat sie diese Disposition nicht, so affektiert sie sie.

Dieses Moment mußte bei der Urteilsfällung entschieden berücksichtigt werden.

In diesem Verwechseln der Linien von Wahrheit und Dichtung besteht ja einer der Reize der Dame, vielleicht des Weibes überhaupt, nur, daß die Dame diese Anlage länger bewahren kann, weil sie mit den Realitäten des Lebens so wenig wie möglich in Berührung kommt.

Der Zusammenbruch des Mittelstandes hat ja bei uns viele vor dem Spiegel des Allgemein-Menschlichen geführt, aber der Top ist trotzdem geblieben.

## Hagemeyer-Ausstellung.

F. St. Karl Hagemeyer ist von der Nationalgalerie zu einer Ausstellung eingeladen worden, in der er die Arbeiten seiner letzten drei Jahrzehnte zeigt. Diese Ausstellung fällt den ersten der früheren Cornelius-Säle. Was mir Veranlassung gibt, zu erzählen, daß ich vor mehr als dreißig Jahren an dieser selben Stelle, damals noch Galt und zum ersten Mal zugelassen, gegen eine anderweitige Verwendung dieser Säle protestiert habe und heute daraus an demselben Standpunkt stehe. Ohne den neuen Entschluß für diesen Künstler zu teilen, meine ich, daß seine großartig gedachten Kartons trotz ihrer Mängel in einer deutschen Jahresausstellung einen wichtigen Wert bedeuten und ein ganz anderes Gewicht haben, als die netten Bildchen, die den größten Teil des zweiten Saales füllen. Die Wiederherstellung bleibt ständige Forderung, wenn auch die Säle dann gelegentlich für vorübergehende Ausstellungen verwendet werden könnten.

Die Hagemeyer-Ausstellung erinnert lebhaft an jene Zeit vor dreißig Jahren, als die ersten dieser Bilder bei Fritz Gurllitz zu sehen waren. Wir, die wir damals gegenüber der erstarrten Altermalerei Natur, Luft, Licht und Bewegung suchten, waren von der Erlebnisrausch dieses Meisters betroffen. Das war kein Herr auf Studienfahrt, sondern — was auch auf Nachfrage gleich bestätigt wurde — ein Keel, Fischer und Jäger, der alle Zeiten des Jahres und des Tages mit der Natur durchlebte, der nicht Motive suchte, sondern aus einer großen Fülle heraus Bilder schuf. Deshalb auch nicht mit den Freischülern aus Mode zu verwechseln, die nur den grauen gegen den braunen Ton eintauschten, sondern innerlich den neuen Mätern verwandt, die nicht mehr das Leben begaßen, wenn sie ans Malen gingen, sondern alles Augenmerkliches ins Bild bringen wollten.

Und diese Kraft des Erlebnis ist auch heute noch ihre Wirkung, ganz gleich, ob der Gegenstand die Savel ist mit ihrem Schilf, den Birkenbüschen mit den goldenen und roten Blättern, dem Dunst über dem Wasser und den feinen Tinten des Himmels, oder der Wogenhwalde des Meeres, dessen Macht zuerst Gorbet empfunden hat.

Was wir damals nicht wußten, war, daß dieser Einzelgänger ein jünger Courbet und ein Freund von Trübner und Schuch gewesen war, bevor er sich so auf seine eigenen Augen stellte, und daß er bei der Umstellung sich erworbenen Form aufgehoben hatte und — seine neue gefunden. Das tritt dem durch Jahrzehnte entwickelten Formgefühl heute sehr menschlich entgegen. Für diese Art des Naturausdrucks, kühn und launenhaft, von Japan beeinflusst, paßt weder das — bald hätte ich gesagt: lebensgroße Format noch die realistische Durchführung. Es bleibt gewiß tolle und zwiefel farblose Fläche.

Aber ein solches ästhetisches Bedenken wird niemandem hindern, vor dem großen Ernst dieser künstlerischen Leistung mit tiefem Mitleid den Hut zu ziehen. So ohne Nebengedanken, so unter Opferung aller Sicherheit und Bequemlichkeit des Lebens haben nur ganz, ganz wenige Künstler geschaffen wie der alte Meister von Werder.

## Helgoländer Festspielwoche.

Auf Helgoland findet zum Besten der Helgoländer Nothilfe vom 31. Juli bis 5. August eine Festspielwoche statt. Die gesamte künstlerische Leitung liegt in den Händen des Herrn Direktors Walter Ries. Es finden Aufführungen von Hauptmanns „Die verurteilten Glöck“, Strindbergs „Totentanz“, Sudermanns „Die Ehre“ und Bergströbers „Die ersten Menschen“ statt. An Gästen wirken mit: Robert Hül (Hamburg), Alst v. Hene (Berlin), Intendant Franz Ludwig (Hagen), Nicol Albrecht (Hamburg).

Das Schauspielertheater schreibt uns: Ein Berliner Mittelschichtler (Sommertheater) die 25. Aufführung des Eidenborffschen Lustspiels „Die Freier“ mit Musik von Christian Rabusen in der Besetzung der Verfassung, mit Ausnahme der Rolle der Gräfin, die von Gräfin Itala dargestellt wird, hat.

Am Regiebibliothek findet heute, Mittwoch, die 125. Aufführung der Operette „Die Schöne der Frauen“ (Musik von Walter Bromme) statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Elise Berna, Hilde Lampe, Sondermann, Oerstedt, Gräßl, Fels und Ludwig.

Eine Ueberrückführung von Albens „Gehnenker“ wird am Freitag, 27. Juli im Regiebibliothek-Schauspielertheater aufgeführt. Frau Alina spielt Margarete Frob, die Regine Paula Bonow den Ewald Fritz Rosenmann.

# Das Spiel mit dem Feuer.

Die Treiber der Rechtsradikalen und Kommunisten.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

1. Halle, 24. Juli.

Schon seit Wochen treiben in Halle die extremen Rechtskreise ihre Künste so intensiv, daß die ruhigen Elemente mit Sorgen dieses Treiben beobachten. Es vergeht nicht eine Nacht, in der nicht zwischen Stahlhelm- und Werwolfkreisen einerseits und Kommunisten andererseits blutige Zusammenstöße stattfinden. Dabei werden hunderte Male durch Unbeteiligte für Rasen oder Kommunisten gehalten. Fast täglich sieht man am Bahnhof Korporationen, die sich zu Marsch- und Feldübungen sammeln. Für den 29. Juli ist der große Aufmarsch der Kommunisten geplant. Die Arbeiterschaft soll auf der Straße ihre Macht zeigen. Verstärkungen aus Mansfeld, Leutfenthal, Ammendorf, Eisleben, selbst aus Leipzig werden erwartet. Dieser Kommunistentag, der 29. Juli, kommt der Rechtskreise durchaus gelegen. Sie fordern durch Plakate und Zeitungsartikel ihre Anhänger auf, am 29. Juli ebenfalls auf die Straße zu gehen und den Kampf anzunehmen. Die friedliebende Bürgerchaft wundert sich darüber, daß der folgende Aufruf ohne weiteres in den Zeitungen veröffentlicht werden darf:

„Am 29. Juli sollen die Kommunisten in ganz Mitteldeutschland unter dem lächerlichen Vorwand, gegen die Faschisten zu protestieren, zu wollen, zu einem erneuten Aufbruch gegen das deutsche Vaterland aus. Anstehend ist in Wostau Wohnungsbau der Führer zu werden. Mit allen Mitteln werden unter den Augen der Regierung die Vorbereitungen getroffen. Sächsisch-sozialistische Minister unterstützen diese staatsfeindliche Bewegung. Schon einmal im November 1918 ist das deutsche Bürgerium, als die Westfront außerhalb Deutschlands Grenzen an der Front standen, überrollt worden. Ein leichter Sieg wurde damals von den feigen Rechtsbergern, Defektoren, Hoch- und Landesverrätern errungen. Hohn und Spott wurde über das „feige“ Bürgerium von diesen Elementen später ausgegossen. Wiederum steht Deutschland vor derselben Gefahr. Über dieses Mal sollen sich die Herren von Berlin darüber klar werden, daß das deutsche Volk in breiten Kreisen zum Erwachen gekommen ist. Es wird nicht dulden, daß Deutschland der Zummeloch russisch-jüdischer Experimente wird. Wir fordern alle vaterländisch geklimten Männer auf, am 29. Juli auf die Straße zu gehen und gegen den Kommunismus durch einen Massenaufruf zu protestieren.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von den Vereinigten vaterländischen Verbänden Halles. Sollte die Regierung (was inzwischen durch die Verfügung des Innenministers über das Versammlungsverbot geschehen ist. Die Red.) energische Maßnahmen treffen, daß am 29. Juli die Zusammenkünfte vermieden werden, so kündigen die vaterländischen Verbände heute schon für den 2. September den vorigen Tag an. Das von freiweltlicher Hand im vorigen Jahre mit dynamit gesprengte Volkedenkmal in Halle soll in diesem Jahre durch ein neues ersetzt werden. Man kündigt Massenaufrufe in Uniformen, Paraden, Verstärkungen aus allen Teilen Mitteldeutschlands, die Anwesenheit von Juden vor sich zu nehmen. Die Kommunisten ihrerseits erklären, daß sie diesen „Mummel“ unter keinen Umständen dulden würden und daß Zubehörf und seine Anhänger Denzettel bekommen würden, nach denen ihnen die Luft von weiteren Provokationen der Arbeiterschaft für alle Seiten verwehrt werden. Wenn auch beide Parteien den Mund rechtlich voll nehmen, ergibt sich doch aus diesen Vorgängen, wie notwendig und berechtigt das Verbot des Innenministers gewesen ist. (Die Red.)

## Der „Antifaschistentag“ in Bayern verboten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 25. Juli.

Der bayerische Minister des Innern hat die Polizeibehörden angewiesen, sämtliche kommunikativen Rundgebungen aus Anlaß des Antifaschistentages am nächsten Sonntag zu verbieten und ihre Abhaltung zu verhindern.

□ München, 25. Juli.

Der nationalsozialistische „Wöllische Beobachter“ ist heute zum vierten Mal nach Ablauf der Verbotsfrist wieder erschienen. Er ergreift in Angriffen gegen die Münchener Polizei wegen der Vorgänge beim deutschen Turnfest und greift auch die bayerische Regierung wegen der Verfolgung der deutschen Presse in Bayern an. Das Blatt kündigt bei dieser Gelegenheit an, daß es in einigen Wochen in doppelt so großem Format wieder erscheinen wird, und bemerkt dazu, daß es den Kopf des Ministers Dr. Schreyer auf der ersten Seite der neuen Ausgabe als „Gegner und Förderer unserer Sache“ bringen wird. Man läßt auch, daß der Anschlag eines Plakates, das das Wollschneisen des „Wöllischen Beobachters“ anfündigen sollte, von der Polizeidirektion verboten worden ist.

## Der Stuttgarter Markt von den Bauern boykottiert.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

111. Stuttgart, 24. Juli.

Der Württembergische Landbund hatte auf Veranlassung seines Geschäftsführers Theodor Körner jun. den Boykott über den Stuttgarter Markt erklärt, weil in der letzten Zeit die Wucherpreise mehrere Male bei Preisübersteigerungen eingeschritten und die Ware zu angemessenen Preisen verkauft hätte. Die Wirkung der Körnerischen Boykotte zeigt sich bereits auf dem heutigen Wochensmarkt. Die Anfuhr von Frischgemüse und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen war äußerst gering; die erreichte kaum ein Viertel der sonstigen Menge. Die meisten Hausfrauen, die auf den Markt kamen um ihren Gemüsebedarf zu decken, mußten mit leeren Händen wieder heimwärts gehen, so daß unter der Bevölkerung die Erbitterung noch ganz bedeutend geblieben ist.

Die Sozialdemokraten haben bereits eine große Antrage an die Regierung wegen der neuesten Körnerischen Leistung gemacht. Wie verurteilt, soll bereits ein Strafverfahren gegen Körner wegen Verstoß gegen § 130 des Strafgesetzes, sowie des § 1 Ziff. 5 und 7 der Preisverordnungsverordnung eingeleitet sein. Eine Befristung dieses gemeingefährlichen Verbrechens, der mit allen Mitteln versucht, den Bürgerkrieg zu entfesseln, ist leider bis jetzt noch nicht erfolgt.

## Eine norwegische Mustermesse.

Vom 2. bis 9. September in Kristiania.

Wie in den drei vergangenen Jahren wird auch in diesem September eine norwegische Mustermesse in Kristiania abgehalten werden. Die Messe ist bisher von Käufern fast aller europäischen und überseeischen Länder besucht gewesen. Im ganzen sind nicht weniger als fünfundsiebenzig Ausstellungsgruppen vorgesehen. Auch in diesem Jahre erwartet man einen starken Zufluß von Besuchern und Zuschauern aus an das Hauptbureau der Messe: Norges Varemesse, Tordenskjolds Plads 3, Kristiania, zu richten.

# Vor Aufhebung der Verkehrssperre.

Die Lebensmittelnot. — Die Maßnahmen der Regierung.

## Ungewöhnliche Preissteigerungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

□ Aus dem Ruhrgebiet, 25. Juli.

Morgen, am 26. Juli, erreicht, falls Neues dazu gekommen ist, die über das Ruhrgebiet verhängte Verkehrssperre ihr Ende. Es war vorauszu sehen, daß die Wirkungen der Absperrung sich nach zwei Richtungen hin auswirken würden: einmal — und das war offensichtlich der in erster Linie gewollte Zweck — in der Unterbindung des Personenverkehrs, und zum zweiten in der Behinderung der Lebensmittelzufuhr. Die erste Absicht der Franzosen kann als vollkommen gelungen bezeichnet werden. Sie haben es tatsächlich erreicht, daß mit Ausnahme einiger ganz unbedeutender Kindertransporte auf dem Kanal nur vereinzelt Ausreisegenehmigungen für Lebensmittelkäufer der gesamte Personenverkehr aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet und umgekehrt zum Stillstand kam. Es war kein Ruhmesblatt, das die französischen Besatzungsbehörden woben, an der Grenze mit geladenen Gevehren zu spielen und die zahlreichen Männer, Frauen und Kinder, die zu ihren Familien wollten, zurückzuhalten, es war auch kein Ruhmesblatt, daß den Lebensmittelkäufern die Ausreise so schwer wie eben möglich, ja sogar fast unmöglich gemacht wurde. Aber die Behinderung hat die schwere Bedrängnis mit Stolz und Würde getragen. Die Franzosen dürfen sich dessen rühmen, daß sie feinerlich oder nur vereinzelt Besatzungen ausgesperrt waren, die darauf hingielen, auf Umwegen zu irgendwelchen notwendigen Geschäften eine Ausreisegenehmigung zu erhalten. Gensso haben die Besatzungen von dem Recht, dringliche Besatzungen besonders wichtiger Reisen ins unbesetzte Gebiet auszustellen, nur einen ganz kleinen Gebrauch gemacht. Da es keinen zugemutet werden konnte, stunden- und tagelang vor irgendeinem Divisionsbureau zu stehen und darauf zu warten, bis es den Franzosen gefällig war, einmal einen Gesuchsteller herauszu ziehen und dessen Paß mit einem besonderen Stempel zu versehen. Um so schlimmer waren die Auswirkungen der Absperrung in Bezug auf die Lebensmittelversorgung. Die Franzosen und nicht minder die Belgier dürfen sich der traurigen Verhältnisse freuen, die katastrophalen Verhältnisse nach dieser Richtung in das Ruhrgebiet gebracht zu haben. Man denke nur an die Zurückhaltung der ungehähten Güter an den Grenzstationen, überall stehen Waggons mit Lebensmittelendungen für das besetzte Gebiet. Die Bahnhöfe sind verstopft, da der Andrang der Güter eine ordnungsmäßige Verteilung der Güter nicht zuließ. Dazu treten die vielfachen Sperrungen einzelner Strecken im besetzten Gebiet. Allein die Absperrung der Station Wismar bei Gelsenkirchen von der Nordlinie bedeutete die Gefahr des Zusammenbruchs der völligen Lebensmittelversorgung des ganzen besetzten Gebietes. Wenn es auch nach wochenlangen Bemühungen der Holländer gelang, die Strecke frei zu bekommen, und wenn es dann wieder eine Woche dauerte, bevor wieder neue Sendungen an diese Station abgehen konnten, so war das kein Entgegenkommen der Franzosen und Belgier; vielmehr kam diesen das so ungelagerte wie nur irgend etwas. Erst jetzt wirken sich die Folgen der Absperrung aus. Ein Gang durch die Geschäftsteile aller Städte und Ortschaften des besetzten Gebietes gibt ein erschreckendes Bild. Die Lebensmittelgeschäfte haben wegen Mangels an Waren die Geschäftstätigkeit auf wenige Stunden am Tage beschränkt, ebenso die Geschäfte der Schuhindustrie und der Konfektion. Dabei werden alle Waren nur in einem ganz beschränkten Umfang ausgegeben. So kommt es, daß die aus der Kriegszeit bekannten Polonäsen vor den Geschäften wieder die üblichen Erscheinungen geworden sind. Dabei haben die Waren eine ungewöhnliche Preissteigerung erfahren. Ein Pfund Speck kostet 100 000 Mark, Margarine ist auf über 40 000 Mark gestiegen; Äpfel, Äpfel und Mehlwaren sind nicht mehr oder nur noch in ganz kleinen Mengen zu haben. Traurig sieht es mit der Kartoffelversorgung aus. Vor vier Tagen kostete das Pfund noch 3000 Mark, gestiegen 7000, und die heute neu anrollenden Kartoffeln stellen sich auf über 10 000 Mark das Pfund, ein Preis, der bei den Hausfrauen Entsetzen hervorgerufen hat. Dabei entfällt auf eine Familie täglich etwa nur eine Ration von 3 bis 5 Pfund. Größere Mengen Kartoffeln in das Gebiet hineinzubringen, war nicht mög-

lich; ebenso sind die Preise für Frischgemüse auf eine wahnsinnige Höhe gestiegen. Die unterbundene Zufuhr hat es mit sich gebracht, daß Frischfleisch nur ganz vereinzelt auf dem Markt kommt; und auch dann nur zu Luxuspreisen. Und fragt man nach der Ursache? Gewiß ist die Reichsregierung nicht ganz schuldlos. Die Kaufleute klagen allenhalben über den Mangel an fremden Devisen, die ihnen nur in ganz geringem Umfange zugänglich seien und die sie brauchen, um Waren einzukaufen zu können. Auch liegt ein Teil der Schuld bei der manchmal unverständlichen, im allgemeinen aber auch unzulänglichen Lohnpolitik, die es vielen Familien unmöglich macht, sich mit ausreichenden Mengen zu versehen. Natürlich spielt auch die Angst der Bevölkerung keine kleine Rolle. Vieles kaufen die Hausfrauen sofort nach Erhalt des Geldes, alles, was ihnen käuflich erscheint. Aber die Hauptursache liegt doch bei den Franzosen und Belgiern. Man braucht nur an die ungeheure Wertenerung der Waren durch die kostspieligen Autotransporte zu denken, um hier den Schlüssel dafür zu finden, wie die Waren verteuert werden. Wenn zum Beispiel das ganze mittlere Industriegebiet auf einen einzigen Bahnhof angewiesen ist, so spricht dieses für sich; und wenn es den Eisenbahnen gelang, den Verkehr überhaupt aufrechtzuerhalten und die Lebensmittelzufuhr möglich zu machen, so soll das eine Anerkennung für die geleistete Arbeit sein. An der Regierung liegt es, und sie ist hierzu verpflichtet, mit größter Beschleunigung alles das zu tun, was zu tun notwendig ist, um das Land an der Ruhr vor schweren Erschütterungen zu schützen.

□ Im Ruhrgebiet, 25. Juli.

Die führenden Wirtschaftsorganisationen, Handelskammern und Gemeindeverwaltungen des Ruhrgebietes werden sich an die Spitze des Reiches mit einer energischen Darstellung der unhaltbaren Verhältnisse wenden, die durch die Handhabung der Devisenzuteilung und die durch die Woche ins Unrechtliche zu verschärfen drohen. Es ist zuzugeden, daß die Arbeit der Reichsbank im Ruhrgebiet außerordentlich erschwert wird dadurch, daß die Franzosen systematisch diese unterbinden. So liegt z. B. Essen vollkommen still, ebenso seit gestern Dortmund. Sämtliche Reichsbankstellen arbeiten unter den schwierigsten Verhältnissen, die sich aus dem Vorgehen der Franzosen ergeben, daß sie die Gelder der Reichsbank trotz ihres privaten Charakters für vogelfrei halten. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, daß die Reichsbank die Devisen, die unbedingt notwendig sind, um das Ruhrgebiet zu verproviantieren, auch da, wo es ihr möglich wäre, nicht fließt, auch in solchen Fällen nicht, wo bereits seit längeren Tagen die nötige Markdeckung vorhanden ist. Unter diesen Umständen ist der Großhandel nicht in der Lage, seine Geschäfte abzuwickeln.

Mainz, 25. Juli. (W. T. V.)

Die Franzosen haben gestern nacht und im Laufe des heutigen Vormittags aus der Reichsbank, die sie bereits seit längerer Zeit besetzt halten, das vorhandene Geld geraubt. Wie es heißt, wurden die Tresors unter Leitung von Pariser Spezialisten mittels Sauerstoffapparaten und Bienen aufgedröhrt. Das Geld, dessen Höhe sich auf 25 bis 50 Milliarden belaufen dürfte, wurde auf Kautautomobilen weggeführt. — In der Station Skasse Essen-Nord wurden heute morgen 30 Millionen Mark beschlagnahmt. Die beiden Kassensammler wurden verhaftet.

Wie wir hören, sind der Reichsregierung aus Kreisen des Lebensmittelhandels des besetzten Gebietes, insbesondere des Ruhrgebietes Klagen darüber zugegangen, daß die Lebensmittelversorgung des besetzten Gebietes durch die beschränkte Devisenzuteilung außerordentlich stark beeinträchtigt sei. Die Reichsregierung hat sich diesen Klagen nicht verschlossen. In den Beratungen, die darauf zwischen dem Finanzministerium, der Reichsbank und dem preussischen Handelsministerium stattfanden, wurde beschlossen, eine Verengung in der Devisenzuteilung für den Lebensmittelhandel des besetzten Gebietes herbeizuführen. Es wurden in dem besetzten Gebiet bereits Präferenzen gegründet, die den Bedarf des Lebensmittelhandels an Devisen prüfen und eine übermäßige Preisbildung verhindern sollen.

## Die neue Gewerbesteuer.

Der Entwurf der preussischen Regierung.

Der im preussischen Finanzministerium bearbeitete Entwurf des neuen preussischen Gewerbesteuergesetzes ist in diesen Tagen vom Staatsministerium dem Staatsrat überandt worden. Nach diesem Entwurf verzichtet der Staat auf sein ihm nach dem Finanzausgleichsgesetz gegebenes Recht, die Gewerbesteuer für sich zu erheben, mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage der Gemeinden und überläßt der Besteuerung der gewerblichen Betriebe. Gleichzeitig aber beseitigt der Entwurf die den Gemeinden bisher zutreffende Autonomie zu dem Erlaß eigener Gewerbesteuerordnungen und beseitigt so die außerordentlich verschiedenartigen, oft willkürlichen und zu ungerichteten Ergebnissen führenden besonderen gemeindlichen Gewerbesteuerordnungen. Für die Berücksichtigung dringlicher Besonderheiten bleibt genügende Bewegungsfreiheit.

Der Kreis der steuerpflichtigen Betriebe ist im wesentlichen unverändert geblieben. Staatliche und kommunale Gewerbebetriebe sind allgemein der Besteuerung unterworfen worden. Dieser Grundsatz soll auch auf die Reichsbetriebe Anwendung finden, soweit nicht reichsrechtliche Vorschriften noch entgegenstehen. Die Gewerbesteuer wird bemessen nach dem Ertrag und der Lohnsumme an Stelle der Besteuerung nach der Umsatzsumme kann auf Verzicht der Gemeinde die Besteuerung nach dem Gewerbesteuerkapital, Gewerbesteuervermögen und Gewerbesteuervermögen nach den Bestimmungen der Reichssteuergehalte festgesetzt mit den Abweichungen, die dadurch bedingt sind, daß die Gewerbesteuer eine Objektsteuer ist. So werden hingegen gerechnet die Gewerbesteuer eigene oder fremde Anlage- und Betriebskapital und für Schulden die beabsichtigte Anlage oder Erweiterung des Geschäfts, Veräußerung des Betriebskapitals oder sonstiger Verbesserungen aufgenommen werden. Der Einführung des Besteuerungswertmaßes der Lohnsumme liegt der Gedanke zugrunde, daß, wenn einer Gemeinde durch Gewerbebetriebe, namentlich großindustrieller Art, besondere Lasten auf dem Gebiete des Schul-, Armen- und Polizeiwesens entstehen, die gewerblichen Unternehmen die derart gewissermaßen von ihnen verursachten Kosten weitgehend zum Teil ohne Rücksicht auf Ertrag und Gewerbesteuervermögen tragen müssen. An Stelle der vielfach durch Gewerbesteuerordnungen eingeführten Kopfsteuer ist die Lohnsummensteuer gewählt worden, da diese sich am besten der jeweiligen Geldwertveränderung anpaßt. Eine Anpassung an die Geldwertveränderung hat der Entwurf im übrigen durch die Umlegung des Veranlagungszeitraumes zu erreichen versucht.

Die kleineren Betriebe und das Handwerk werden durch Einführung einer dem jeweiligen Geldwert entsprechenden Frei-

grenze und einer Degression der Steuergrundbeträge nach Möglichkeit gesichert.

Die Veranlagung der Gewerbesteuer soll durch Gewerbesteueransätze erfolgen, die bei den Finanzämtern, unter Umständen auch bei den Gemeinden und Kreisen gebildet werden. Die Vorstehenden werden von den beteiligten Ministern ernannt, die Mitglieder teilweise von den Kreis- und Gemeindeverwaltungen gewählt, teilweise von den Staatsbehörden ernannt. Wegen der Veranlagung ist das Rechtsmittel des Einspruchs bei dem Gewerbesteuer-Ausschuß, gegen den Einspruchsbekleid die Berufung an den bei der Regierung zu bildenden Berufungsausschuß und gegen dessen Entscheidung die Rechtsbeschwerde an das Oberverwaltungsgericht gegeben. Das Verfahren ist im übrigen im Interesse der für die Steuerpflichtigen wie für die Steuerbehörde nötigen Einheitlichkeit den Vorschriften der Reichsabgabenordnung nach Möglichkeit angepaßt, insbesondere ist auch die dem bisherigen Gewerbesteuergeheimverhältnis entsprechende Fristenfristung eingeführt worden.

Zu von Steueransätzen festgestellten Steuergrundbeträge werden gegebenenfalls auf die einzelnen beteiligten Gemeinden verteilt, d. h. auf die Gemeinden, in denen sich im Laufe des Kalenderjahres Betriebsstätten des einzelnen Unternehmens befinden (Betriebsgemeinden), und die Gemeinden, in deren Bezirk eine bestimmte Anzahl in einer Betriebsstätte der Betriebsgemeinde beschäftigte Arbeitnehmer wohnen (Wohngemeinden).

Auf Grund der staatlichen Veranlagung erheben die Gemeinden von den Steuergrundbeträgen Hundertsätze (Zuschläge), die regelmäßig für die Steuergrundbeträge nach der Lohnsumme bzw. nach dem Kapital die gleichen sein müssen, wie die nach dem Ertrage. Eine verschiedene Abmilderung der Zuschläge in begrenzter Höhe ist den Gemeinden gestattet bei der Veranlagung von Filialbetrieben und von Betrieben der Schanfuhrwirtschaft, Gaswerkstätten u. dgl. bisher der besonderen Steuerbefreiung unterliegen. Zuschlagsbefreiungen, die 200 Prozent übersteigen, oder die eine verschiedene Abmilderung vornehmen, bedürfen der Genehmigung.

Einsprechend der Umstellung des Veranlagungszeitraumes soll das neue Gesetz erstmalig Anwendung finden auf die Veranlagung für das Kalenderjahr 1923 nach dem Ergebnis dieses Jahres. Die auf Grund der vorläufigen Veranlagung zur Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 erfolgten Zahlungen gelten als Vorauszahlungen und werden auf die nach der endgültig vorzunehmenden Veranlagung zu zahlenden Beträge angerechnet.

\* Die erste Frau als Gemeindevorsteher. Die Gemeindevertretung von Schneidemühlenshammer wählte an Stelle ihres bisherigen Gemeindevorstehers Ulse vom Magistat Schneidemühlens einstimmig dessen Ehefrau zum Gemeindevorsteher. Die Wahl ist vom Landrat in Deutsch-Brone bestätigt worden.





